durchblick

Zeitschrift für den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz

3

März 2025 ■ 77. Jahrgang

Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch im MASTD

Transformationsfitness des öffentlichen Dienstes im Fokus

Konzentrierter Austausch im breiten Themenfeld mit Arbeitsministerin Dörte Schall

Anhand zahlreicher Praxisbeispiele aus dem Verwaltungsalltag erörterten die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz und Staatsministerin Dörte Schall die herausfordernde Aufgaben- sowie Personalsituation des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz. Diskutiert wurden im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung Ansätze zur Verbesserung der Dienstbedingungen.

Einigkeit bestand unter anderem darin, dass das Personal im öffentlichen Dienst mit immer mehr und immer komplexeren Aufgaben konfrontiert wird. In dieser schwierigen Situation wird trotz allgemeiner Personalknappheit und Verwaltungsauslastung öffentliche Dienstleistung von hoher Qualität geliefert, aber psychische, körperliche und arbeitsbedingte Belastungen nehmen stetig zu.

Hier grundlegend und umfassend gegenzusteuern, ist gemeinsame Aufgabe insbesondere der Landesregierung und der Gewerkschaften, auch in ihrer Eigenschaft als Sozialpartner; darin stimmten dbb Landeschefin Lilli Lenz und Transformationsministerin Dörte Schall überein.

Ausgetauscht wurde sich über verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten bei der Systemkompatibilität und den digitalen Schnittstellen in der Kommunal- und Landesverwaltung: Weder dürfe passieren, dass Verfahren personalintensiver werden, noch dürfen sie – auch aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger – komplizierter sein, so die Gesprächspartnerinnen. Digitalisierungsministerin Dörte Schall sieht Rheinland-Pfalz dabei auf einem guten Weg. Wegen des Voranschreitens der Digitalisierung wird auch die interne IT-Architektur der öffentlichen Verwaltung stetig überdacht, weiterentwickelt und standardisiert. Bedarfe würden so gebündelt und konkurrierende Lösungen abgelöst – im Sinne von Wirtschaftlichkeit und Ressourceneinsparung.

© dbb rlp

dbb Landesvize Peter Mertens, Transformationsministerin Dörte Schall und dbb Landeschefin Lilli Lenz (von links).

Aus Gewerkschaftssicht wichtig im Rahmen optimierter Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sind erweiterte Angebote verschiedener Teilzeitmodelle, die weiter gesteigerte Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege sowie Verbesserungen beim Betrieblichen Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst.

Die Gesprächsrunde betonte die aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmende Bedeutung der Unterstützung von pflegenden Angehörigen. Entlang der Beschlusslage des Gewerkschaftstages des dbb rheinland-pfalz regte die dbb Landesleitung unter anderem ein Pflegegeld für pflegende Angehörige an.

Die dbb Delegation forderte grundsätzlich mehr Geld in Gestalt besserer Bezahlung für den öffentlichen Dienst im Sinne von Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung. Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz signalisierte die Bereitschaft der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation zur Mitwirkung an den Fachkräftestrategien der Landesregierung. ■

Personalratswahlen

Ihre Stimme für eine starke Personalvertretung

Wahlaufruf

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vom 1. März bis 31. Mai 2025 finden in Rheinland-Pfalz die regelmäßigen Personalratswahlen für die Landes- und Kommunalverwaltungen statt. Als dbb beamtenbund und tarifunion rufen wir Sie auf: Gehen Sie wählen und stärken Sie Ihre Personalvertretung!

Ihre Stimme zählt. Eine hohe Wahlbeteiligung verleiht den Personalräten ein starkes Mandat, um Ihre Interessen wirksam zu vertreten. Die gewählten Personalräte setzen sich täglich für faire Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und den Schutz vor Benachteiligung ein.

Warum Ihre Stimme wichtig ist:

- Mitbestimmung sichern: Personalräte haben weitreichende Mitbestimmungsrechte in personellen, sozialen und organisatorischen Angelegenheiten.
- Expertise nutzen: Gewählte Vertreter kennen die Herausforderungen des Arbeitsalltags und können praxisnahe Lösungen entwickeln.
- Interessen bündeln: Ein starker Personalrat kann die vielfältigen Anliegen der Beschäftigten effektiv gegenüber dem Dienstherrn vertreten.

Was Sie tun können:

- Informieren Sie sich über die Kandidaten und Wahlprogramme.
- Nutzen Sie Ihr Wahlrecht – jede Stimme zählt!
- Ermutigen Sie Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme an der Wahl.

Der dbb setzt sich für kompetente und engagierte Personalvertretungen ein. In unserem Fachgewerkschaftsverbund gilt für die Kandidatinnen und Kandidaten aus unseren Reihen „Nähe ist unsere Stärke!“

Lassen Sie uns gemeinsam für starke Personalräte sorgen, die Ihre Rechte und Interessen kraftvoll vertreten.

Nutzen Sie Ihr demokratisches Recht und gehen Sie zur Wahl!

Ihre Stimme für eine starke Personalvertretung!

TVöD Einkommensrunde 2025

dbb im Warnstreikmodus

Schlaglicht auf die erste Tarifauseinandersetzungsphase: Zwischenstand nach enttäuschendem Auftakt

Warnstreiks unter anderem in Aachen, Göttingen, Salzgitter, Peine und Krefeld haben in der ersten Februarhälfte den gewerkschaftlichen Weg positionsstärkend geebnet zur zweiten Verhandlungsrunde mit der Arbeitgeberseite um den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bei Kommunen und Bund – TVöD – am 17. und 18. Februar 2025 in Potsdam.

Nach dem Redaktionsschluss für diese „durchblick“-Ausgabe wird es hoffentlich etwas konkreter am Verhandlungstisch. Immerhin haben sich die Tarifvertragsparteien darauf geeinigt, im Termin über Detailfragen zu sprechen.

Der Verhandlungsauftakt am 24. Januar in Potsdam war ohne ein wirkliches Arbeitgebersignal für Verhandlungen mit rituell verhärteten Fronten abgelaufen. Der dbb reagierte umgehend erbost mit der allgemeinen Warnstreikfreigabe für seine Mitgliedsgewerkschaften. Denn die Arbeitgeberseite aus Bund und Kommunen zeigte sich nicht sprechfähig. Dabei war der Fahrplan der Verhandlungsrunden seit Monaten beidseitig bekannt. Aber die Verhandlungsmannschaft der Arbeitgeber fuhr lieber eine Strategie der Rundumablehnung: Die gewerkschaftlichen Forderungen bezeichneten sie platt als „zu teuer“, „unbezahlbar“ oder „nicht in die Zeit passend“.

Zu den dbb Forderungen führte Verhandlungsführer Volker Geyer, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, gegenüber den Medien aus: „Unsere Forderungen liegen seit dem 9. Oktober 2024 vor. Wir erwarten nicht, dass Bund und Kommunen zum Auftakt fragen: ‚Darf’s noch etwas mehr sein?‘ Aber es muss deutlich werden, dass sie sich damit auseinandergesetzt haben. Einen Tarifabschluss muss man sich erarbeiten. Der fällt nicht vom Himmel.“ Der dbb war mit einer Forderung von acht Prozent im Gesamtvolumen in die Einkommensrunde gezogen. Dazu gehört auch ein Zugewinn an Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit. Im Detail lassen sich die Forderungen auf den dbb Sonderseiten zur Einkommensrunde unter www.dbb.de/einkommensrunde nachlesen. Diese folgen laut Volker Geyer drei Grundprinzipien: „Wir müssen den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten. Die Personallücken wachsen in bedrohlicher Weise. Aber wir müssen auch für die, die diese Lücken im Alltag stopfen, attraktiver werden. Das wird ohne mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit nicht gehen. Und schließlich wollen wir in einer Zeit, in der Hektik und Stillstand die Politik unseres Landes gleichzeitig prägen, Handlungsfähigkeit beweisen. Das geht nur gemeinsam mit den Arbeitgebern.“

Die Arbeitgeber übten sich rollengemäß in Fundamentalopposition. Karin Welge, VKA-Präsidentin, kritisierte zum Beispiel die Forderungen als nicht zeitgemäß und nicht finanzierbar. Die Inflation sei auf 1,6 Prozent gesunken. Die ge-

© Friedhelm Windmüller

komba Bundesvizin Sandra Müller, Landeschef Rolf Führ (beide halten das Transparent) und sein niedersächsischer Kollege Dr. Peter Specke (rechts) in Potsdam.

forderten Änderungen würden Zusatzkosten von 10,86 Prozent (14,88 Milliarden Euro) für kommunale Arbeitgeber bedeuten. Allein die drei freien Tage würden 2,04 Milliarden Euro kosten. Die VKA argumentiert, dass der öffentliche Dienst bereits gut bezahle, besonders in unteren und mittleren Lohngruppen. Anreize würden eher für Führungspositionen benötigt. Es würden bereits 30 Tage bezahlter Urlaub geboten, was im Spitzenfeld liege.

In den Warnstreikaktionen zog der dbb zusammen mit seinen Mitgliedsgewerkschaften hingegen klar: Ernst gemeinte Wertschätzung, Attraktivität und Entlastung sind die Säulen der Forderungen in dieser Einkommensrunde. Das braucht es, um den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten endlich nachhaltig zu stärken. Wer gute Arbeit und gute Leute haben möchte, muss sie auch fair bezahlen. Wenn der öffentliche Dienst attraktiv bleiben und die Herausforderungen der Zukunft meistern soll, müssen sich die Arbeitgeber endlich bewegen und ihrer Verantwortung für das Funktionieren des Staates gerecht werden.

Forderung

Der dbb forderte eine Entgelterhöhung im Volumen von acht Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich mehr. Außerdem geht es um die Einrichtung eines Arbeitszeitkontos („Mehr-Zeit-für-mich-Konto“), über das die Beschäftigten eigenständig verfügen können. Ferner fordern die Gewerkschaften drei zusätzliche freie Tage als Maßnahme zur Entlastung sowie einen zusätzlichen Tag für Gewerkschaftsmitglieder. Für Auszubildende, Studierende sowie Praktikantinnen und Praktikanten soll eine Erhöhung der Entgelte um 200 Euro durchgesetzt werden.

In eigener Sache

Da die zweite Verhandlungsrunde kurz nach dem Redaktionsschluss für diese „durchblick“-Ausgabe stattfand, wird für den Sachstand nach dem 18. Februar 2025 auf die dbb Sonderseiten zur Einkommensrunde im Internet verwiesen: www.dbb.de/einkommensrunde ■

---

dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz

Neue Geschäftsführung gewählt

Claudia Rüdell im Vorsitzendenamt bestätigt

(lfv) In ihrer zweitägigen Herbstsitzung im November in Bingen haben die dbb landesfrauen ihre neue Geschäftsführung gewählt. Claudia Rüdell (DSTG) wurde in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt, die neue stellvertretende Vorsitzende ist Nicole Weiß-Urbach (VRB). Sie übernimmt das Amt von Tania Schönemann (VBB). Als Geschäftsführerin wurde Nathalie Pfitzmaier (BDR) gewählt. Sie folgt auf Johanna Mieder (DSTG), die auf dem Gewerkschaftstag im Mai 2024 in Mainz zur neuen Schatzmeisterin in die dbb Landesleitung gewählt wurde. Als Beisitzerin wurde Karola Stinner (DVG) im Amt bestätigt. Neu in die Geschäftsführung gewählt ist Kathrin Unkel (DAAV).

Die halbjährlichen Sitzungen der dbb Vertreterinnen aus den Fachgewerkschaften dienen der Diskussion relevanter Gleichstellungsthemen, wie beispielsweise der verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie und den Rahmenbedingungen für weibliche Führungskräfte.

© dbb lfv rlp (2)

Claudia Rüdell (rechts) dankt der ehemaligen Geschäftsführerin Johanna Mieder, inzwischen Schatzmeisterin beim Landesbund.

Zu den Sitzungen sind immer auch Verantwortliche aus der dbb Landesleitung eingeladen, um über deren Arbeit und Aktionen zu berichten. So informierte auf dieser Veranstaltung die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz über die Gespräche der Landesleitung mit politischen Vertretern der einzelnen Landtagsfraktionen, die geführt wurden, um die Forderungen und Standpunkte des dbb darzulegen und dafür zu überzeugen.

Als weiteren Gast begrüßten die Landesfrauen Milanie Kreutz, die Chefin der dbb bundesfrauenvertretung, in einer Videokonferenz am Nachmittag. Kreutz legte den Teilnehmerinnen zunächst den Aufbau und die verschiedenen Gremien der dbb bundesfrauenvertretung dar. Außerdem berichtete sie von den inhaltlichen Schwerpunkten der Hauptversammlungen in 2023 und 2024. Schwerpunkt ihres Vortrages bildete dann die Darstellung aktueller Positionen und Forderungen der dbb bundesfrauenvertretung zu Themen wie Altersarmut, für

Geschäftsführung: Karola Stinner, Nicole Weiß-Urbach, Claudia Rüdell, Nathalie Pfitzmaier und Kathrin Unkel (von links).

deren Risiko besonders Frauen betroffen sind, die Rentenreform, die Null-Toleranz-Strategie zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz und New Work, welche einen zunehmenden Platz bei politischen Gesprächen einnehme, so Milanie Kreutz.

Den Teilnehmerinnen bot sich abschließend die Gelegenheit, in einen intensiven Austausch mit der Vorsitzenden der dbb bundesfrauenvertretung zu treten, um Fragen zu den einzelnen Themen zu stellen. ■